

Seitdem Dr. Beucker, der jetzt leider nicht da ist, den Vorsitz übernommen hat, ist auch Bewegung in die Kommission gekommen – so viel Bewegung wie auf der A 40 morgens um sieben.

(Heiterkeit von der SPD und der CDU – Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

– Okay, den versteht man leider nur im Ruhrgebiet.

Was macht also die AfD in der Kommission? Sie taucht ab, ihr Referent ist nach Berlin geflüchtet.

(Thorsten Klute [SPD]: Wo ist der eigentlich?)

Statt sich mit den demokratischen Fraktionen für bessere Krisenstrukturen einzusetzen, reicht man eine Große Anfrage mit 500 Fragen zur Selbstdarstellung ein.

(Zuruf von Dr. Martin Vincentz [AfD])

Das ist kein politischer Beitrag, das ist ein Ablenkungsmanöver.

(Beifall von der SPD und Fabian Schrupp [CDU])

Wer das Krisenmanagement heute delegitimieren will, will morgen keine Verantwortung übernehmen. Wer den Rechtsstaat als Feind darstellt, hat mit der Demokratie längst abgeschlossen.

Es war die sachliche, transparente und anpassungsfähige Arbeit in einer nie dagewesenen Krise, die Nordrhein-Westfalen und Deutschland vergleichsweise gut durch die Pandemie geführt hat. Fehler wurden gemacht, aber sie wurden nicht geleugnet, sie wurden bearbeitet. Das unterscheidet uns grundlegend von der AfD: Wir handeln, Sie hetzen. Wir wollen Lösungen, Sie wollen Applaus.

Vizepräsident Christof Rasche: Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Rodion Bakum* (SPD): Jetzt nicht. Ich bin fast fertig, danach können wir dazu kommen.

Wir arbeiten die Pandemie wissenschaftlich, parlamentarisch und auf Verantwortungsebene in die Zukunft gerichtet auf. Wir werden sie aber nicht inszenieren. Dafür ist es uns mit dem Leid der Menschen zu ernst. – Bleiben Sie gesund und bleiben Sie wachsam!

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Frau Seli-Zacharias hat jetzt die Möglichkeit, eine Zwischenfrage zu stellen.

Enxhi Seli-Zacharias* (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben gerade aus Ihrer gefühlten Realität heraus dargestellt, wie die AfD-Fraktion in der entsprechenden Enquete-Kommission arbeiten würde. Warum verschweigen Sie, dass diese sogenannten demokratischen Parteien in diesem Parlament

(Thorsten Klute [SPD] und Kirsten Stich [SPD]: Sogenannte?)

und die entsprechenden Vertreter den Sachverständigen unserer Fraktion abberufen haben?

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Aus welchen Gründen?)

Ist das für Sie gelebte Demokratie? Wieso erwähnen Sie diesen Akt, der als mehr als nur als unwürdig bezeichnet werden kann, mit keiner Silbe? Auf Ihre Antwort darauf freue ich mich jetzt. – Vielen Dank.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Diese Frage ist ja ein Traum! Darauf sollten wir noch intensiv eingehen!

Vizepräsident Christof Rasche: Bitte sehr.

Rodion Bakum* (SPD): Frau Seli-Zacharias, ich danke, dass ich das noch einmal vor dem ganzen Publikum hier im Haus darstellen kann.

Ihr Sachverständiger, Dr. Ulrich Vosgerau, war in Potsdam. Er hat die Vertreibungspläne mitgestaltet und mitgemacht.

(Zurufe von Enxhi Seli-Zacharias [AfD] und Markus Wagner [AfD])

Er hat die Schande über dieses Haus gebracht. Deswegen haben wir ihn rausgeschmissen.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Danach hat er noch als Anwalt von Björn Höcke versucht, die Demokratie abzuschaffen. – Tschüss.

(Fortgesetzt Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat nun die Kollegin Susanne Schneider das Wort. Bitte sehr. – Oh, Entschuldigung. Ich war zu schnell. Meral Thoms hat für die Fraktion der Grünen das Wort. Bitte sehr.

(Thorsten Klute [SPD]: Ich hätte jetzt gerne die Susi gehört!)

Meral Thoms (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fünf Jahre ist es jetzt her,

dass das Coronavirus NRW erreicht und unser aller Leben auf den Kopf gestellt hat. Die Pandemie hat uns allen viel abverlangt – emotional, sozial, wirtschaftlich. Menschen mussten alleine sterben. Kinder durften nicht zur Schule. Pflegebedürftige durften in den Anfängen keine Besuche empfangen. Diese Erfahrungen dürfen wir nicht vergessen, nicht verdrängen, und es ist gut, dass wir das aufarbeiten.

Damals musste Politik unter großem Druck entscheiden – mit wenig Wissen, aber viel Verantwortung. Nicht zu handeln wäre damals keine Option gewesen. Sie wird es auch in Zukunft, bei einer kommenden Pandemie nicht sein.

Heute können wir sagen: Deutschland und NRW sind im internationalen Vergleich gut durch die Pandemie gekommen. – Das ist nicht selbstverständlich, gerade bei der älteren Bevölkerung, die wir haben.

Es war richtig, dass wir zu Beginn der Pandemie, als es noch keinen Impfstoff gab, sehr schnell reagiert und weitreichende Kontaktbeschränkungen umgesetzt haben. Wir konnten durch eine effektive Impfkampagne, die später kam, den außergewöhnlichen Einsatz unseres medizinischen Personals und auch ausreichend Krankenhauskapazitäten die gesundheitliche Versorgung der Menschen sicherstellen.

Diese Maßnahmen hatten aber natürlich ihren Preis. Rückblickend hätten wir bei den Kindern und auch bei den Älteren mehr Augenmaß gebraucht.

Vizepräsident Christof Rasche: Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Dr. Vincentz.

Meral Thoms (GRÜNE): Gerne im Nachgang.

Ja, auch die Kinder und die Jugendlichen haben zur Dynamik des Krankheitsgeschehens beigetragen. Heute wissen wir, dass sich die Schulschließungen massiv auf die mentale Gesundheit der Kinder und Jugendlichen ausgewirkt haben. Die fehlende Digitalisierung unserer Schulen hat ein Zusätzliches dazu getan. Besonders Kinder aus benachteiligten Familien waren betroffen.

Auch beim Besuchsrecht in Pflegeheimen hätten wir bessere Lösungen finden müssen, um die Älteren vor Isolation und Einsamkeit zu schützen. Gleichzeitig – auch das müssen wir bedenken – führten die Ausbrüche in Pflegeheimen insbesondere zu Beginn der Pandemie zu sehr vielen Todesfällen, gerade in der vulnerablen Gruppe der Hochaltrigen.

Wir sehen also: Auch im Nachhinein, auch heute sind die Abwägungen nicht leicht. Einfache Lösungen wird es auch bei der nächsten Pandemie nicht geben.

Trotzdem gilt, dass Kinder, Alte und Pflegebedürftige den höchsten Preis gezahlt haben. Diese Erfahrung dürfen wir nicht vergessen. Wir müssen daraus für die nächste Pandemie lernen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Die Enquetekommission „Krisen- und Notfallmanagement“ soll nun Lehren für die Zukunft ziehen. Sie wurde von der AfD angestoßen – der Partei, die in der Pandemie Desinformationen und Hetze verbreitet und so die Bevölkerung noch zusätzlich verunsichert hat. Und warum? Um daraus politischen Profit zu schlagen. Doch lassen Sie sich nicht täuschen: Die inhaltliche Arbeit in der Enquete wird von den demokratischen Fraktionen vorangetrieben. – Deswegen bin ich zuversichtlich, dass wir am Ende mit einem guten und einem an der Sache orientierten Bericht rechnen können.

Zum Schluss noch zwei Dinge. Ich danke den vielen mutigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die uns mit ihrer Expertise während der Pandemie begleitet und dafür allzu oft persönlichen Anfeindungen standgehalten haben.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Und ich erinnere daran, dass viele Menschen mit Post-COVID auch heute noch erheblich unter den Folgen der Infektion leiden. Auch heute noch ist die Versorgungslage bei Post-COVID schwierig. Eine evidenzbasierte Therapie fehlt weiterhin. Wir als Politik gemeinsam mit den Verbänden und der Selbsthilfe müssen dranbleiben, um die Versorgung schrittweise zu verbessern. Genau das werden wir tun. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Dann kommen wir jetzt zu der Zwischenfrage. Einverstanden?

Meral Thoms (GRÜNE): Ja.

Vizepräsident Christof Rasche: Dr. Vincentz, bitte sehr.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrte Frau Kollegin, dass sich vieles von dem, was Sie als Fake News dargestellt haben, mittlerweile als Wahrheit herausgestellt hat, ist Ihnen bewusst.

Aber um Ihren Fake News entgegenzuwirken: Was sagen Sie eigentlich dazu, dass es aktuell viermal mehr Infektionen der oberen und unteren Atemwege als in der höchsten Welle des ersten Jahres und deutlich weniger freie Intensivbetten als auf der Höhe

der ersten Welle hier in Nordrhein-Westfalen gibt? Sind es dann nicht eher Fake News, wenn Sie sagen: „Wir mussten deswegen unbedingt das öffentliche Leben runterfahren“?

Vizepräsident Christof Rasche: Bitte sehr.

Meral Thoms (GRÜNE): Ich möchte mich ganz deutlich von Ihrer Aussage distanzieren, wir hätten Fake News verbreitet, und Sie können auch nicht die aktuelle Anzahl von Infektionen mit der Anzahl während Corona vergleichen.

Ich möchte noch einmal daran erinnern: Wir hatten 32.000 Todesfälle im Zusammenhang mit Corona. Das ist ein deutlicher Unterschied zu der Anzahl von Infektionen, die wir heute haben, und genau deswegen waren diese Maßnahmen, die wir eingeleitet haben, auch so wichtig.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der SPD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Jetzt hat Susanne Schneider aus der Fraktion der FDP das Wort. Bitte sehr.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Coronapandemie hat unser Land auf eine harte Probe gestellt. Dabei wurden Defizite und eine fehlende Vorbereitung auf solche Krisen deutlich. Dies hat nicht nur unser Gesundheitssystem, sondern auch uns alle, die gesamte Gesellschaft, an die Grenzen der Belastbarkeit geführt – und manchmal sogar darüber hinaus. Viele Wunden sind immer noch nicht verheilt. Die gesellschaftliche Spaltung belastet weiterhin den politischen Diskurs.

Die während der Coronapandemie getroffenen Schutzmaßnahmen gingen mit sehr weitreichenden Grundrechtseingriffen einher. Solche Eingriffe hat es zuvor noch nie in Deutschland gegeben. Sie waren hinsichtlich Dauer, Breitenwirkung und Tiefe extrem intensiv. Maßnahmen wie die weitgehende Stilllegung des kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens bis hin zu Ausgangssperren müssen nun heute auf ihre Wirksamkeit und auf ihre Verhältnismäßigkeit hin bewertet werden.

Die Grundrechtseingriffe, die Schulschließungen mit den psychosozialen Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche sowie das Alleinlassen von alten Menschen in Pflegeeinrichtungen sind bisher noch nicht ausreichend aufgearbeitet.

Auch die politischen Eingriffe in die wissenschaftliche Freiheit und die Gier von Glücksrittern, die unser Land mit Maskendeals und gefälschten Testabrech-

nungen um Millionen Euro betrogen haben, müssen in diese Aufarbeitung einbezogen werden.

(Beifall von der FDP)

Zielsetzung, Zielerreichung und Folgen der Coronapolitik müssen analysiert und aufbereitet werden. Die aktuellen Berichte über die Erkenntnisse des Bundesnachrichtendienstes zu einer Laborherkunft von SARS-CoV-2 sind nur ein Beispiel für viele offene Fragen, und ich hätte mir schon gewünscht, dass sowohl Frau Merkel als auch Herr Scholz diese Informationen nicht zurückgehalten hätten.

Als Ort der Aufarbeitung haben wir stets die Bundesebene gesehen, weil das ganze Land betroffen war. Daher war es ein schweres Versäumnis, nicht schon in der abgelaufenen Wahlperiode einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss oder zumindest eine Enquetekommission zur Coronapolitik auf Bundesebene einzurichten.

(Beifall von der FDP)

Ob der neue Bundestag die Kraft und vor allem den Mut für ein geordnetes Verfahren aufbringt, um echte Aufklärung und Transparenz zu gewährleisten und Handlungsempfehlungen für zukünftige Krisen zu geben, wird sich noch zeigen. Ich persönlich zweifle daran.

Die Landesregierung macht in ihrer Beantwortung deutlich, an welchen Punkten Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen zu weitgehend waren. Das generelle Besuchsverbot in Pflegeheimen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe in der ersten Phase der Pandemie war sehr einschneidend. Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse würde man eine solche generelle Schließung und Abriegelung heute nicht mehr anordnen. Es sollte zu jeder Zeit die Möglichkeit geben, den persönlichen Kontakt zu Angehörigen und Bezugspersonen aufrechtzuerhalten.

Negative Auswirkungen der Coronapandemie in den Bereichen „soziale Interaktion“, „sozioemotionale Entwicklung“, „körperliche Aktivität“ sowie „psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ sind unbestritten. So gab es in Nordrhein-Westfalen während der Pandemie steigende Zahlen an ambulanten Behandlungsfällen bei psychischen Auffälligkeiten sowie Depressions- und Angstsymptome bei Kindern und Jugendlichen.

Die Pandemie führte definitiv zu Herausforderungen für den Schulbetrieb. Es ist deutlich geworden, dass Distanzunterricht den Unterricht in Präsenz und die unmittelbare Begegnung sowie den direkten Austausch mit Lehrkräften und Mitschülern nicht ersetzen kann. Nicht alle Schüler konnten unter diesen Bedingungen ihr Potenzial voll ausschöpfen.

Angesichts der Erfahrungen aus der Coronapandemie fühlen wir uns als Freie Demokraten in unseren Grundüberzeugungen bestärkt. Freiheitseinschrän-